

Gertrud Hanna: Eine Spitzenfunktionärin der deutschen und internationalen Frauengewerkschaftspolitik im preußischen Parlament der Weimarer Zeit*

Susan Zimmermann

Zum Konferenzbeitrag

In meinem Konferenzbeitrag untersuche ich Tätigkeit und Profil der sozialdemokratischen Gewerkschafterin Gertrud Hanna (1876-1944) im preußischen Parlament (also der Verfassunggebenden Preußische Landesversammlung und dem Preußischen Landtag), und stelle Hannas parlamentarische Aktivitäten in den Kontext ihrer politischen Tätigkeit insgesamt.

Ab März 1919 war Gertrud Hanna zunächst Mitglied des Ausschusses für den Staatshaushaltsplan der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung. 1920 trat sie erstmals im Verstärkten Handels- und Gewerbeausschuss in Erscheinung. Von 1921 bis 1933 war sie durchgehend Mitglied des Ausschusses des Preußischen Landtags für Handel und Gewerbe. Als Vertreterin der sozialdemokratischen Fraktion spielte Hanna während dieser gesamten Zeit in den Beratungen des Hauptausschusses des Preußischen Landtags zum Budget der Handels- und Gewerbeverwaltung eine führende Rolle.

Im Zentrum von Hannas politischer wie gewerkschaftlicher Tätigkeit stand die Politik der Frauenarbeit in Deutschland und auf internationaler Ebene. Als mit Frauenagenden befasste und im Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vertretene Spitzenfunktionärin, international aktive Gewerkschafterin, und (ab 1924/1925) Mitglied des fünfköpfigen Internationalen Gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) nahm Gertrud Hanna regen Anteil an diesen Politiken und versuchte aktiv auf diese einzuwirken. Der Konferenzbeitrag zeigt auf, welche Schwerpunkte Hanna in ihrer Tätigkeit im preußischen Parlament setzte und welche Positionen sie dabei vertrat, und macht die Verbindungen sichtbar, die Hanna zwischen ihren gewerkschaftspolitischen Aktivitäten und ihrer Tätigkeit als Abgeordnete herstellte. Es zeigt sich, dass Hanna ihre aus jahrzehntelanger Gewerkschaftstätigkeit ‚akkumulierten‘ Positionen zur gewerblichen Frauenarbeit in der preußischen Landespolitik systematisch in konkrete Politikvorhaben übersetzte. Regelmäßig nutzte sie außerdem ihre nichtparlamentarische Tätigkeit, um in der Landespolitik für diese Positionen und Vorhaben zu werben, ja, manche dieser gewerkschaftlichen Initiativen dienten wohl in erster Linie dazu, Einfluss auf die preußische Landespolitik zu nehmen. Die unter Federführung der Gesellschaft für Soziale Reform 1925 in Berlin gezeigte Deutsche Heim- arbeitsausstellung stellt ein herausragendes Beispiel für einen solchen Zusammenhang dar. Umgekehrt trug Gertrud Hanna systematisch Informationen aus dem preußischen Parlament

* *Ich möchte Barbara von Hindenburg für ihre unschätzbare Hilfe bei der Orientierung in den Materialien des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz danken.*

und dessen Umkreis in die gewerkschaftliche (Frauen-)Öffentlichkeit und suchte diese Informationen dazu zu nutzen, die gewerkschaftliche Mobilisierung der Frauen voranzubringen und die gewerkschaftliche Frauenpolitik in Deutschland und international zu formen und zu stärken.

Im preußischen Parlament behandelte Gertrud Hanna Probleme der Erwerbstätigkeit von Arbeiterinnen und, damit im Zusammenhang, der Lebenshaltung dieser Frauen regelmäßig in direkter Verbindung mit der Arbeit der Männer. Dabei ging es in erster Linie um die Themen Heimarbeit, Gewerbeaufsicht, berufliche Bildung und Weiterbildung, Arbeitsvermittlung und, vor allem in den späteren Jahren, Arbeitslosenfürsorge. Hinzu kam das nachdrückliche Bemühen, die institutionellen Rahmenbedingungen für die Agenden eines auf diese Weise weitgefassten Arbeiterschutzes in der preußischen Landespolitik zu verbessern, und die Kontrolle dieser Agenden verstärkt auf die Landespolitik zu übertragen. Ebenso nachdrücklich und unmissverständlich setzte sich Hanna außerdem dafür ein, dass in der preußischen Verwaltung erfahrene Arbeiterinnen (und Arbeiter) selbst – und nicht etwa Außenstehende wie z.B. Frauen aus dem ‚bürgerlichen‘ Lager mit Abschlüssen in Sozialberufen – mit den entsprechenden Agenden betraut wurden, und sie wollte die berufliche Stellung dieser Frauen jener der männlichen Beamten so weit als möglich angenähert sehen.

Über die Jahre hinweg kam im Rahmen von Gertruds Hannas parlamentarischen Aktivitäten der Heimarbeit und der Gewerbeaufsicht eine Schlüsselstellung zu, und es war allein Hanna, die diese beiden Themen politisch gezielt miteinander verknüpfte. Zentral ging es dabei um das Instrument der behördlichen Festsetzung von Mindestlöhnen, um die im Gesetz zur Heimarbeit von 1923 vorgesehenen Fachausschüsse, denen hinsichtlich der Mindestlöhne große Bedeutung zukam und in denen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielten, und um die Intensivierung der Gewerbeaufsicht über die Heimarbeit. Gertrud Hanna erachtete praktische Reformpolitik in diesen Bereichen als zentrales Instrument der Besserstellung der großen Masse der Arbeiter/innen, und sie widmete, innerhalb des so abgesteckten, klar klassenpolitisch definierten Rahmens, den Problemen der gewerblichen Frauenarbeit große Aufmerksamkeit. Stets legte sie dabei Wert auf die ebenso konkrete wie genaue Analyse komplexer geschlechterspezifischer Realitäten in der gewerblichen Arbeit und deren Folgen für die gesamte (anzustrebende) Politik der Arbeit, und stets leitete sie ihre Forderungen und Vorhaben direkt aus diesen Einsichten ab.

In meinen Konferenzbeitrag beleuchte ich die damit angeschnitten Zusammenhänge und Modalitäten von Hannas parlamentarischer Tätigkeit, und zeige deren Verbindung zu Hannas Verankerung in der Gewerkschaftswelt von ADGB und IGB auf. Gertrud Hanna machte sich in der preußischen Landespolitik zur herausragenden Vertreterin einer von ihr selbst entwickelten, sowohl klassenpolitisch wie geschlechterpolitisch gefassten, ausschließlich praktisch orientierten Politik der Besserstellung der gewerblichen Arbeit von Frauen und Männern.